

Gerhard Schröder hat kein Schuldbewusstsein wegen seiner engen Kontakte zu Putin

Altkanzler sieht sich als Vermittler.

» SEITE 14



HESSEN | 11

UNGLAUBLICH

Mit mehr als zwei Promille am Steuer

WIESBADEN. Ein betrunkenen Autofahrer ist in Wiesbaden in mehrere geparkte Fahrzeuge gekracht und hat einen Schaden von rund 40 000 Euro verursacht. Ein Alkoholtest ergab bei dem 30-jährigen Unfallverursacher einen Wert von über zwei Promille, wie die Polizei gestern Morgen mitteilte. Der Fahrer verlor demnach in der Nacht zum Samstag auf einer geraden Strecke in Richtung Stadtmitte die Kontrolle über seinen Wagen und geriet ins Schleudern. Der Mann wurde den Angaben nach bei dem Unfall leicht verletzt. Die drei geparkten Autos seien durch den Aufprall zusammengeschoben worden.

KURZNOTIZEN

Auto fliegt durch die Luft

USINGEN. Eine 71-jährige Autofahrerin ist auf der B 275 bei Usingen im Hochtaunuskreis mit einem entgegenkommenden Fahrzeug zusammengestoßen und mit ihrem Wagen durch die Luft geflogen. Die Unfallverursacherin wurde dabei nur leicht verletzt, die 66-jährige Fahrerin des Autos auf der Gegenspur kam allerdings mit schweren Verletzungen in ein Krankenhaus, wie die Polizei gestern mitteilte. Aus noch ungeklärter Ursache war die Seniorin demnach am Samstagmorgen frontal mit dem Auto der 66-Jährigen zusammengestoßen. Durch den Aufprall sei das Fahrzeug der 71-Jährigen abgehoben und erst hinter dem Wagen der 66-Jährigen wieder auf dem Boden aufgekommen. Dort krachte es noch gegen einen Baum und überschlug sich.

Ambrosia-Pflanze wird zum Problem

WIESBADEN. Experten warnen wegen möglicher Allergien vor einer weiteren Ausbreitung der Ambrosia-Pflanze. „Sie wird zunehmend zu einem Gesundheitsproblem“, sagt Aljoscha Kreß vom Fachzentrum Klimawandel und Anpassung des Hessischen Landesamtes für Naturschutz, Umwelt und Geologie (HLNUG). Die Pollen der Beifuß-Ambrosie könnten bei sensibilisierten Menschen schwerwiegende Atemwegsallergien bis hin zu Asthma auslösen. Ihre Blütezeit ist von Juli bis Oktober.

Unfall mit Polizeifahrzeug

RÜSSELSHEIM. Zwei 22 und 23 Jahre alte Polizeibeamte sind in Rüsselsheim auf einer Alarmfahrt mit einem anderen Auto zusammengestoßen und dabei verletzt worden. Wie die Polizei mitteilte, waren die Beamten auf dem Weg zu einem Einsatz in Groß-Gerau, als es am Samstagabend auf einer Kreuzung im Stadtteil Königstädten aus bislang ungeklärter Ursache zum Zusammenstoß mit einer 67 Jahre alten Autofahrerin kam. Alle drei Unfallbeteiligten wurden verletzt in Krankenhäuser gebracht. An beiden Fahrzeugen entstand Totalschaden.

Linke will Parteispitze neu wählen

Parteitag im Juni / Wissler weist Vorwurf zurück, zu spät auf Sexismus-Vorwürfe in Hessen reagiert zu haben

VON JÖRG BLANK

BERLIN. Die Spitze der Linkspartei will sich als Konsequenz aus dem Rücktritt der Vorsitzenden Susanne Hennig-Wellsow bei einem Parteitag Ende Juni vorzeitig komplett neu aufstellen. Das habe der Vorstand bei einer Sitzung gestern in Berlin beschlossen, teilte ein Linke-Sprecher mit. „Angesichts der schwierigen Lage der Partei sind wir überzeugt, dass der Parteivorstand ein neues Mandat des Parteitages benötigt“, heißt es in dem nach Parteiangaben mit großer Mehrheit bei zwei Gegenstimmen verabschiedeten Beschluss. Der Parteitag vom 24. bis 26. Juni in Erfurt war ursprünglich nicht als Wahl-, sondern als Programmkonvent geplant. Regulär hätte Die Linke erst im Februar 2023 eine neue Spitze wählen müssen. Hennig-Wellsows Co-Vorsitzende Janine Wissler führt die Partei bis zu dem Delegiertentreffen alleine weiter.

→ **Parteichefin Janine Wissler entschuldigt sich bei allen, die sexistische Erfahrungen bei der Linken gemacht haben.**

Auf dem Parteitag soll nach dem Beschluss in einem gesonderten Themenblock über Sexismus debattiert werden. Zudem wird vorgeschlagen, dass die Delegierten eine Re-



Unter Druck: Die Bundesvorsitzende der Linken, Janine Wissler, verteidigt sich gegen Vorwürfe wegen des Sexismus-Skandals in Hessen. FOTO: CHRISTOPHE GATEAU

form der Parteistrukturen einleiten. Diese solle klare Entscheidungsstrukturen und eine bessere Zusammenarbeit von Gremien, Landesverbänden und Fraktionen bringen.

Hennig-Wellsow hatte am Mittwoch 14 Monate nach dem gemeinsamen Amtsantritt mit Wissler ihren sofortigen Rücktritt erklärt. Sie begründete dies mit unerfüllten Erwartungen bei der Erneuerung der Partei, persönlichen

Motiven, aber auch mit dem Umgang der Linken mit Sexismus in den eigenen Reihen. Dieser habe „eklatante Defizite“ der Partei offengelegt. Es geht um mutmaßliche Fälle sexualisierter Gewalt in der hessischen Linkspartei.

Die aus dem hessischen Landesverband stammende Wissler kündigte vor den Beratungen des 44-köpfigen Vorstands eine umfassende Aufklärung des Sexismus-

Verdachts an. Die Fälle müssten so gut wie möglich aufgearbeitet werden. Spekulationen über einen raschen Rückzug trat Wissler entgegen.

Wissler betonte, sie weise die Unterstellung zurück, vor Ende 2021 Kenntnis über Vorwürfe sexueller Belästigung im Landesverband Hessen gehabt zu haben. Als sie von den Vorwürfen erfahren habe, habe sie den Landesvorstand sofort informiert. Die Geschäfts-

stelle der Bundes-Linken habe sie Mitte Januar informiert und gebeten, den Vorgang an die entsprechende Vertrauensgruppe weiterzuleiten. Sie selbst habe dies nicht tun wollen, um keinerlei Verdacht aufkommen zu lassen, dass sie persönlich Einfluss nehmen wolle. Im Namen des Vorstands entschuldigte sich Wissler bei allen, die sexistische Erfahrungen bei der Linken gemacht hätten. *dpa*

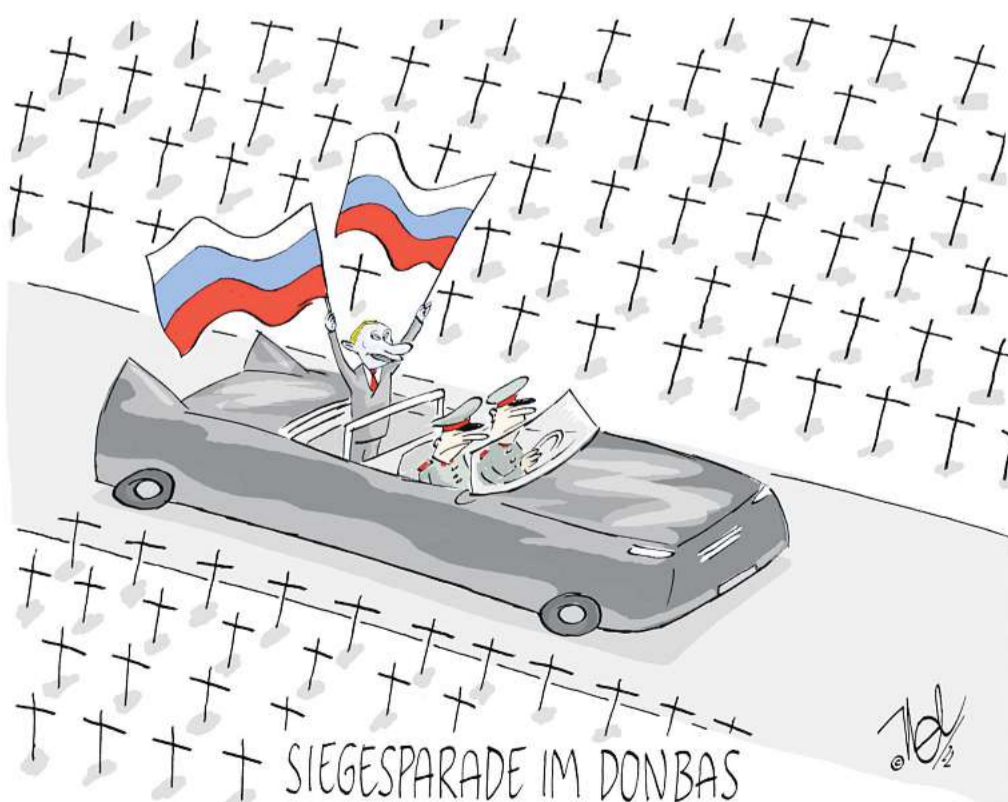
Höhere Altersgrenze für Feuerwehrleute?

WIESBADEN. Hessens Landesregierung kann es sich grundsätzlich vorstellen, die Altersgrenze bei aktiven ehrenamtlichen Feuerwehrleuten von 65 Jahre auf 67 Jahre anzuheben. Ein Pilotprojekt der Sportklinik Frankfurt habe ergeben, dass es keine medizinischen Bedenken gibt, teilte

das Innenministerium auf eine parlamentarische Anfrage der FDP-Landtagsfraktion mit. Nun müsse noch geprüft werden, ob sich eine höhere Altersgrenze womöglich negativ auf die sozialen Strukturen in der Feuerwehr auswirkt. „Ein abschließendes Ergebnis liegt noch nicht vor“, hieß es.

Insbesondere solle ausgeschlossen werden, dass sich notwendige Generationswechsel bei den Führungspositionen in der Freiwilligen Feuerwehr verzögern. Außerdem soll verhindert werden, dass Feuerwehrleute ihre gesundheitlichen Grenzen überschreiten. *dpa*

NELS SPITZE FEDER



Dritter Staatsanwalt in Korruptionsaffäre unter Verdacht

Vorwurf beschränkt sich auf einzelnes Verfahren

FRANKFURT. In der Korruptionsaffäre um die Frankfurter Generalstaatsanwaltschaft gibt es nun einen weiteren Verdächtigen. Die Ermittlungen seien auf einen weiteren Staatsanwalt ausgeweitet worden, sagte eine Sprecherin der Frankfurter Staatsanwaltschaft am Samstag. Der Vorwurf lautet auf Beihilfe zur Untreue, es gebe einen Anfangsverdacht gegen den Juristen.

„Dieser Staatsanwalt war zuletzt im Jahr 2018 bei der Zentralstelle für Bekämpfung von Vermögensstraftaten und Korruption im Gesundheitswesen der Generalstaatsanwaltschaft tätig“, erklärte die Sprecherin. Der Vorwurf gegen ihn beschränke sich auf seine Mitwirkung in einem einzelnen Verfahren. Weitere Angaben könnten noch nicht gemacht werden.

Damit gibt es nun drei Verdächtige. Im Sommer 2020 war bekannt geworden, dass gegen einen Oberstaatsanwalt der Frankfurter Generalstaatsanwaltschaft ermittelt wird. Der Mann steht im Zentrum der Affäre und soll von einem Unternehmen, das Gutachten erstellt und Sachverständige bereitstellt, hohe

Summen Geld angenommen haben. Zuletzt gingen Ermittler von Schäden für das Land Hessen von über eine halbe Million Euro aus. Der Vorwurf gegen den Mann lautet auf gewerbsmäßige schwere Bestechlichkeit, gewerbsmäßige Untreue im Amt und Steuerhinterziehung. Im Dezember wurde öffentlich, dass in diesem Zusammenhang gegen einen weiteren Staatsanwalt Ermittlungen laufen.

SPD: Korruptionssumpf ist größer als bekannt

Die Opposition im hessischen Landtag reagierte am Samstag kritisch auf die neue Entwicklung. „Der Korruptionssumpf bei der Generalstaatsanwaltschaft ist offenbar größer als bisher bekannt“, sagte der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Günter Rudolph. Die Sprach- und Tatenlosigkeit von Justizministerin Eva Kühne-Hörmann könne als oberste Dienstherren aller hessischen Staatsanwälte nicht länger so tun, als gingen sie die Zustände nichts an. *dpa*